

Der Bürgermeister bringt den Haushalt 2003 ein und trägt folgende Einbringungsrede vor:

*„Rede von Bürgermeister Patt zur Einbringung des
Haushaltes 2003 der Gemeinde Eitorf
- es gilt das gesprochene Wort -*

Eitorf, den 12. November 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Monaten sind die öffentlichen Finanzen ein schwergewichtiges Thema in der öffentlichen Diskussion. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht das Fernsehen, das Radio oder die Presse in neuen Hiobsbotschaften über Steuerausfälle der öffentlichen Hand bzw. über die Finanzmisere berichten. Während in den vergangenen Jahren meist kleinere Kommunen wie wir unser Leid über die mangelnde Finanzausstattung klagten, so hat die allgemeine Entwicklung inzwischen die Großstädte, die Kreis, die Länder und sogar den Bund erreicht. Und erst damit hat die Öffentlichkeit das Thema angenommen und beschäftigt sich intensiv mit der finanziellen Misere in diesem Land.

Insofern berichte ich Ihnen heute nichts Neues, wenn auch ich in den Jammerchor mit einstimme und Ihnen einen Haushalt 2003 vorlege, der in sehr schweren Zeiten aufgestellt wurde. Doch im Gegensatz zu vielen meiner Kollegen habe ich mir meinen grundsätzlichen Optimismus bewahrt und gedenke den Kopf nicht in den Sand zu stecken. Statt dessen stelle ich mich auch in Zeiten des absoluten Mangels meiner Verantwortung für diese Gemeinde und will auch weiterhin die Geschicke der Gemeinde positiv und vor allem vorwärts lenken. Solange ich die Möglichkeit habe, der Gemeinde ihre Unabhängigkeit von der Kommunalaufsicht zu bewahren und dies ruhigen Gewissen verantworten kann, werde ich dies auch tun. Um der Gemeinde diese Möglichkeit auch weiterhin zu bieten, bin ich auch bereit, von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, unserer Bevölkerung und unseren Einwohnern neue Herausforderungen und schmerzliche Opfer abzuverlangen.

Und damit wären wir beim heute einzubringenden Haushalt 2003. Die Rahmenbedingungen hierfür sind denkbar schlecht gewesen. Bevor ich einzeln darauf eingehe und die finanzielle Lage der Gemeinde bewerte, möchte ich einige Eckdaten voranstellen:

- 1. Der Verwaltungshaushalt 2003 ist ausgeglichen.*
- 2. Die Gemeinde Eitorf muss 2003 kein Haushaltssicherungskonzept erstellen.*
- 3. Die Grundsteuer B muss um 60 %-Punkte auf 400% angehoben werden.*
- 4. Die Gewerbesteuer muss um 20 %-Punkte auf 420 % steigen.*
- 5. Es war nicht möglich die Finanzplanung 2004 bis 2006 auszugleichen.*
- 6. Der Vermögenshaushalt 2003 weist keine Nettokreditaufnahme aus.*
- 7. Hoffnung auf Besserung in den nächsten Jahren kann ich Ihnen z.Zt. keine machen.*

Meine Damen und Herren, der Preis den wir für den ausgeglichenen Haushalt zahlen müssen ist hoch. Doch er ist es wert. Ich bin mir bewusst, was es für unsere Bevölkerung bedeutet, dass neben Bund, Land und Sozialversicherungen nun auch noch die Gemeinde in ihr Portemonnaie greift. Doch bereits an dieser Stelle rufe ich allen Kritikern zu: Wir wollen und dürfen uns nicht unterkriegen lassen und sind bereit, für die Lebensqualität in unserer Heimat auch tiefer in die Tasche zu greifen. Dass dies mit weiteren Einsparungen bei der Gemeinde selber verbunden ist, versteht sich von selbst.

Gemeinsam überstehen wir aber auch diese schwierige Zeit. Diese Erkenntnis vertiefte sich bei mir besonders vor drei Monaten, als jenes schwere Hochwasser für viel Leid in unserer Gemeinde gesorgt hat. Die Welle der Hilfsbereitschaft war überwältigend und gerade in dieser Notlage zeigt sich, dass Solidarität in Eitorf groß geschrie-

ben wird.

Nun aber zu den Fakten des Haushaltes 2003. Sie alle vergegenwärtigen sich bitte zunächst die Situation der Finanzen der Gemeinde in 2002. Steuerausfälle und Haushaltssperre mögen als Stichworte hierfür herhalten. Ich kann mich nicht erinnern, ob wir in Eitorf jemals eine Haushaltssperre verhängen mussten. Die Lage ist folglich sehr ernst. Der Landrat hat dies in seiner Rede zur Einbringung des Kreishaushaltes 2003 wie folgt beschrieben:

„Die Kommunen sind finanziell am Ende, die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit sind überschritten, die Lage ist fast ausweglos!“

Die Gründe hierfür dürften sich mittlerweile bekannt sein:

- Kontinuierlich werden in Düsseldorf und Berlin neue Leistungsgesetze beschlossen, deren Finanzierung ganz oder teilweise den Kommunen aufgebürdet wird. Aktuell tritt zum 1.1.2003 das neue Grundsicherungsgesetz in Kraft, das durch Personal meines Hauses umgesetzt werden muss. Vom Konnexitätsprinzip („Wer die Musik bestellt, zahlt sie auch“) sind wir meilenweit entfernt.
- Seit der letzten Steuerreform sinkt die Zahl der Gewerbesteuer zahlenden Firmen dramatisch. Wir in Eitorf können ein Lied davon singen.
- Die desolade gesamtwirtschaftliche Situation lässt die Arbeitslosenzahlen steigen, was weitere Ausfälle an Einkommenssteuer zur Folge hat, sowie
- für Eitorf stetig steigende Sozialhilfekosten bedeutet.

Mit diesen vier Punkten sind wir auch schon bei den Kernproblemen des kommenden Haushaltes angelangt. Wie bereits in den vergangenen Jahren haben die Kommunen keine verlässliche Planungsdaten mehr. Finanzplanung verkommt zur finanzpolitischen Lotterie.

- Durch eine Änderung der Tarifverträge müssen nun auch sogenannte „325 Euro Kräfte“ eingruppiert, also nach Tarif bezahlt werden. Anstatt eines frei ausgehandelten Lohnes werden nun auch Weihnachts- und Urlaubsgeld gezahlt. Dies belastet den Gemeindehaushalt für 2003 mit über 120.000 Euro alleine für unsere Reinigungskräfte sowie das Aushilfspersonal im Hermann Weber Bad.
- Der Einkommenssteueranteil der Gemeinde sinkt in 2003 gegenüber der letzten Planung um 630.000 Euro. Zur Verdeutlichung: dies sind 1,2 Mio. DM!!!!!!!
- Aus der Abrechnung des Finanzausgleiches 2001 muss die Gemeinde 537.274 Euro an das Land zurück zahlen, weil auch das Land erhebliche Einnahmeausfälle hatte.
- Aus der nächsten Stufe des Beteiligungsmodelles im Rahmen des Zweiten Modernisierungsgesetzes kommen auf die Gemeinde nun 695.000 Euro Kosten zu, entgegen der letztjährigen Planung 128.000 € mehr. Eine Entlastung durch eine adäquate Senkung der Kreisumlage war dem Kreis wegen ebenfalls steigender Kosten im Sozialbereich nicht möglich.
Die Jugendamtsumlage steigt um 1,88 % = 282.000 Euro.
- Erneut steigt die Gewerbesteuerumlage, mit denen sich Bund und Land an den kommunalen Steuern bedienen. Diesmal sind es 3 zusätzlich Prozentpunkte.

Mit dieser kurzen und vor allem nicht abschließenden Aufzählung will ich Ihnen den Ernst der Lage für 2003 verdeutlichen. Nach ungezählten Jahren Ausgleichsstock in den 70er und 80er Jahren sowie nach zweimaligem Gang ins Haushaltssicherungskonzept 1991 und 1996 hat die Gemeinde Eitorf ihre Hausaufgaben gemacht. Uns braucht niemand beizubringen, was es heißt zu sparen und sich selbst zu beschränken. Aber eben weil dies so ist, war die Kämmerei gemeinsam mit den Fachämtern nicht in der Lage, die oben angedeuteten Einnahmeausfälle und Mehrkosten in Gänze durch weiteres Sparen aufzufangen.

Dabei stand im Rahmen der Haushaltsaufstellung mein Wunsch oben an, trotz aller Probleme

- die Jugendarbeit in Eitorf weiter zu führen und wie begonnen, in den Außenorten

auszubauen,

- keine weitere Kürzung der Sachmittel für Schulen vorzunehmen und
- für die Instandsetzung und Unterhaltung unserer Gebäude und Straßen zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Darauf komme ich gleich etwas ausführlicher zurück.

Im Hinblick auf die desaströse finanzielle Lage habe ich im gleichen Atemzug mit dem Kämmerer allerdings ebenfalls vorgegeben, die Aufstellung des Haushaltes 2003 soweit wie irgend möglich an den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes zu orientieren. Eine zusätzlich Bereitstellung von Mitteln kam insofern, bis auf eine weitere Ausnahme, also nicht in Frage. Zu der Ausnahme kommen ich gleich noch.

Zunächst aber will ich Ihnen die Bemühungen der Verwaltung vorstellen, mit denen wir der Haushaltssituation begegnen werden:

Sparbemühungen

Über die in den vergangenen Jahren bereits hinreichend betriebenen Einsparungen standen zum Haushalt 2003 folgende Bereiche auf dem Prüfstand:

- **Personal**

Zu den oben bereits beschriebenen Mehrkosten von über 120.000 Euro aufgrund der Tarifänderungen, kommen in 2003 noch Lohnsteigerungen von etwa 2 % zuzüglich der Sozialkostensteigerung, wie Renten-; Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie u.a. ein Mehraufwand von 21.000 Euro für die Ausweitung des Angebotes „Schule 8 bis 1“ bzw. „13 Plus“ hinzu. Während sich die Personalkosten des Betreuungsangebotes an den Schulen über die Kostenbeträge der Eltern refinanzieren, mussten die sonstigen Mehrkosten anderweitig aufgefangen werden. Dass die Personalkosten 2003 letztendlich unter denen des Vorjahres liegen werden, ist in einer zusätzlichen Belastung des vorhandenen Personals begründet. Durch Pensionierung frei werdende Stellen werden entweder gar nicht oder wesentlich später durch Nachwuchspersonal besetzt.

- **Denkmalpflege**

So leid es mit tut, aber die Gemeinde kann sich einen Zuschuss zu privaten Denkmalpflegemaßnahmen nicht mehr leisten. Ab 2003 wird es keine Zuschüsse mehr geben.

- **Schuldnerberatung**

Auch die Finanzierung einer eigenen Schuldnerberatung ist nicht mehr bezahlbar. Da der SKM gemeinsam mit der Kreissparkasse nach wie vor ebenfalls eine Schuldnerberatung anbietet, ist eine Grundversorgung dieser Art weiter gewährleistet.

- **Kulturelle Veranstaltungen**

Seit dem letzten Haushaltssicherungskonzept existiert ein Ratsbeschluss, der dem Veranstaltungsetat ein Höchstdefizit von 25.000 DM vorgab. Diese Vorgabe wird mit dem Haushalt 2003 halbiert.

- **Anrufsammeltaxi (AST)**

Bereits im Rahmen der diesjährigen Haushaltssperre auf Eis gelegt, sieht der Haushalt 2003 ebenso wie die Planung 2004 bis 2006 keine Haushaltsmittel für ein Anrufsammeltaxi vor. Alle Kritiker weise ich darauf hin, dass andere Kommunen des Kreises derzeit hingehen und das AST Angebot rigoros zusammenstreichen bzw. sogar teilweise ganz einstellen wollen. So sinnvoll wie dieses Projekt wäre, es ist nicht bezahlbar.

- **Kürzung von Mitteln**

In vielen Bereichen wurden zudem kleinere Summen gespart oder gekürzt. Während zum Beispiel die Werbemittel für die Ortswerbung und das Hermann Weber Bad zurück gefahren wurden, ist der Ansatz für Bauleitplanung um 10.000 Euro gekürzt worden. In der Verwaltung wird auf den Ersatz einiger PC verzichtet und zusätzliche Programme gar nicht oder erst später beschafft. Hinzu kommen die Kündigung von Mitgliedschaften in Vereinen genauso, wie verstärkte Bemühungen durch zentrale Ein-

käufe günstiger zu wirtschaften.

Neben diesen Kürzungen und Einsparungen gab es allerdings im Verwaltungshaushalt auch drei

Tabubereiche:

- **Straßenunterhaltung / Bauhof:**

In den vergangenen Jahren sind die Mittel für den Bauhof eingefroren gewesen. Nachdem auch im Personalbereich kontinuierlich eingespart wurde, ist dann seit zwei Jahren verstärkt in den Maschinenpark des Bauhofes investiert worden. Nun ist es an der Zeit, dem Bauhof auch zusätzliche laufende Mittel bereit zu stellen. Unabhängig von den Schäden durch das verheerende Hochwasser im Sommer 2002 ist der Zustand unseres Straßen- und Wegenetzes besorgniserregend. Durch die Anhebung der Unterhaltungsmittel von 97 T€ auf 110 TE soll dem zumindest etwas entgegengesetzt werden. Ähnliches erfolgt im übrigen im Vermögenshaushalt. Dazu gleich mehr.

- **Schulen:**

Zwei mal wurden die Sachmittel der Schulen im Rahmen des letzten Haushaltssicherungskonzeptes ab 1996 gekürzt. Auch in Jahren in denen es uns zumindest etwas besser ging, konnten wir uns es nicht leisten, dies rückgängig zu machen. Insofern stand für mich eines fest: die Schulmittel werden nicht noch einmal angetastet. Deutlich wies ich in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, dass wir im Vergleich mit anderen Kommunen unsere Schulen finanziell im oberen Drittel der Skala ausstaten!!! Und dazu stehe ich.

- **Jugendcafe / Jugendarbeit in den Außenorten:**

Obwohl es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt, stand auch die Jugendarbeit in Eitorf nicht zur Disposition. Im Gegenteil. Die in diesem Jahr eingestellte Kraft hat ihre Arbeit in Mühleip aufgenommen und wird dies zu Beginn des neuen Jahres auch in Alzenbach tun. Für die Jugendarbeit in den Außenorten wird ein eigener Sachtitel im Verwaltungshaushalt ausgewiesen.

Nun zu den im Verwaltungshaushalt 2003 vorgesehenen

Einnahmeverbesserungen:

Da alleine über eine Kürzung und Reduzierung von Ausgaben das Defizit in 2003 nicht gedeckt werden konnte, musste auch auf der Einnahmeseite reagiert werden. Ein weiterer Grund nach vielen Jahre die kommunalen Steuern anzuheben, liegt allerdings im Finanzausgleichssystem und den dort angewandten „fiktiven Hebesätze“ begründet. Ich habe sie über diese Entwicklung bereits unterrichtet. Die detaillierte Begründung bzw. deren Zusammenhänge können Sie im Vorbericht zum Haushalt 2003 nachlesen. Nur so viel an dieser Stelle. Wenn wir die Steuersätze nicht anheben, verlieren wir faktisch sogar Geld und müssten andere Einnahmen anheben oder noch mehr Ausgaben streichen. Ggf. würden wir sogar von der Kommunalaufsicht angewiesen, die Steuersätze anzuheben.

Als Erstes komme ich zur

- **Grundsteuer B**

Zur Konsolidierung des Gemeindehaushaltes muss ich Ihnen heute eine Anhebung der Grundsteuer B von 340 % auf 400 % vorschlagen. Die sich dramatisch anhörende Steigerung ist leider unumgänglich und wird einen durchschnittlichen Eitorfer Steuerzahler mit ungefähr 36,79 Euro im Jahr, also 3,07 Euro je Monat zusätzlich belasten.

- **Gewerbsteuer**

Ebenfalls angehoben werden soll die Gewerbesteuer. Sie wird von 400 % auf 420 % steigen.

- **Neukalkulationen der kostenrechnenden Einrichtungen**

Noch im Herbst diesen Jahres werden die Gebühren der gemeindlichen kostenrechnenden Einrichtungen neu kalkuliert. Insbesondere im Bereich Winterdienst ist auf-

grund der hohen Kosten des letzten Winters mit einer Gebührensteigerung zu rechnen.

Zudem ist als weiterer Baustein der Konsolidierung der Gemeindefinanzen eine Senkung des sogenannten Grünflächenanteiles der Friedhöfe von heute 20 % auf 5 % vorgesehen. Es handelt sich bei dem Grünflächenanteil um den anteiligen Erholungswert eines Friedhofes für Spaziergänger und Ruhe Suchende. Der finanzielle Gegenwert wird aus allgemeinen Steuermitteln dem Bereich Friedhöfe gutgeschrieben. Eine Senkung des Anteiles bedeutet letztendlich also eine zusätzliche Belastung der Gebührenzahler.

Die Kalkulationen einschließlich der Beschlussvorschläge werde ich Ihnen voraussichtlich in der Dezember Ratssitzung vorlegen. Da die finanziellen Auswirkungen noch nicht feststehen, sind sie auch nicht in den Entwurf des Haushaltes aufgenommen worden.

Weitere Maßnahmen

Wir werden zusätzlich weitere Maßnahmen ergreifen müssen, die zu Aufgabenverminderung oder zu Einnahmeverbesserungen führen, damit das strukturelle Defizit im Verwaltungshaushalt abgebaut wird.

Der **Ausgleich des Verwaltungshaushaltes 2003** war trotz aller vorstehend beschriebene Anstrengungen nur durch die Zuführung von 380.000 Euro Vermögenserlösen darstellbar. Soweit dennoch die erfreuliche Nachricht.

Ich leite damit aber über zu einem weniger erfreulichen kurzen Blick auf die **Finanzplanung:**

Keines der drei Planungsjahre 2004 bis 2006 konnte ausgeglichen dargestellt werden. Die Kämmerei war bemüht die Planungsjahre ehrlich zu berechnen. Es ist weder ein geschöntes noch eine „schwarz gemaltes Bild“ das sich in der Finanzplanung widerspiegelt. Das offene Defizit am Ende des Jahres 2006 beträgt über 4 Mio. Euro und kommt im Grunde dem finanziellen Offenbarungseid gleich.

Der Grund, warum ich dennoch optimistisch vor Ihnen stehe, ist recht simpel. Die Zahlen der Finanzplanung haben in der Vergangenheit, so exakt sie auch gerechnet waren, noch nie gestimmt. Sie unterstellen das heute gültige Rechtssystem und die heutigen Prognosen. Nächstes Jahr werden völlig andere Zahlen die Finanzplanung bestimmen. Sollten Bund und Land, wovon ich ausgehe, weil beide unter starkem Handlungsdruck stehen, bis dahin endlich eine Reform der Gemeindefinanzen auf den Weg gebracht haben, werden die Finanzen der Gemeinde Eitorf auch wieder positiver dargestellt werden können. Aktuell sind sie eine einzige Katastrophe.

Damit komme ich zum

Vermögenshaushalt:

Wie ich Ihnen bereits eingangs mitteilte, steht der Vermögenshaushalt 2003 ebenfalls ganz im Zeichen des Sparzwanges. Waren wir in den vergangenen Jahren noch immer in der Lage das ein oder andere Großprojekt durchzuführen, so wird in dieser Hinsicht für Eitorf die Luft nun auch dünner. Gerne hätte ich im kommenden Jahr, wie es die Investitionsplanung vorsah, gemeinsam mit dem Heimatverein am Siegtalhaus ein Gemeindearchiv erbaut. Es geht nicht.

Ebenso wenig können wir uns auf die sicherlich gern gesehene zusätzliche Sporthalle leisten.

Genauso wenig sind derzeit weitere Investitionen in das Hermann Weber Bad zu verantworten. Der Umbau des Eingangsbereiches wäre ein sinnvolle Abrundung des Geschaffenen. Doch auch dies ist nicht finanzierbar.

Ich lege Ihnen hiermit erstmals einen Vermögenshaushalt vor, der bereits im Entwurf einen, wenn auch bescheidenen, Schuldenabbau vorsieht.

Zum 31.12.2001 betrug der Schuldenstand der Gemeinde 33.236.850,70 DM, also 16.993.669,39 Euro. Bei einer Einwohnerzahl zum 31.12.2001 von 19.599 ergibt sich eine aktuelle pro Kopf Verschuldung von 867 Euro. Hierfür wenden wir im Haushalt 2003 Zins- und Tilgungsleistungen in Höhe von 1.830.000 Euro auf. Leicht erkennen sie, dass wir ca. 11 % der Kreditsumme an Zins- und Tilgungsleistungen jährlich aufbringen. Sicherlich versteckt sich hinter dem Schuldenberg ein adäquater Gegenwert in Form von z.B. Schulgebäuden. Dennoch ist es eine gewaltige Summe, die uns zusehends die Luft zum Atmen nimmt. Keine Neuverschuldung in 2003 anzugehen, selbst wenn die örtliche Wirtschaft dringend auf Investitionen angewiesen ist, halte ich für den richtigen Weg.

Dennoch wollen und werden wir 2003 auch neue Investitionen tätigen. Als Beispiele nenne ich:

- Neuanschaffung der Drehleiter für die Freiwillige Feuerwehr
- Ersteinrichtung Anbau GGS Mühleip
- Bau von Schülerwartehallen, die Anzahl der Realisierung ist abhängig von Fördermitteln
- Das Straßenbauprogramm 2003 mit 5 Einzelmaßnahmen
- Die Erweiterung des Friedhofes in Mühleip
- Bahnüberführung Forster Straße, sowie
- hoffentlich die zweite P+R Anlage.

Die Realisierung der P+R Anlage steht allerdings in den Sternen. Der Presse war bekanntlich zu entnehmen, dass einige Maßnahmen entweder gar nicht oder erst in 5 Jahren wieder gefördert werden. Z.Zt. bemühe ich mich über die politische Ebene, die Förderungszusage doch noch zu erreichen.

Wie im Verwaltungshaushalt war es mir im Vermögenshaushalt ein Anliegen trotz Finanznot die Mittel für die Instandsetzung unserer Straßen sowie für die Beseitigung der Hochwasserschäden aufzustocken. Wenn wir schon unsere Infrastruktur nur bedingt ausbauen können, dann wollen wir wenigstens den Bestand pflegen und in Ordnung halten.

Zum Abschluss meiner Anmerkungen zum Gemeindehaushalt ein kurzer Ausblick:

Alle Verantwortlichen von Bund und Land werden hiermit von mir dringend aufgefordert endlich zu handeln. Uns steht das Wasser finanziell bis zum Hals. Der dringend benötigte Rettungsanker könnte meines Erachtens wie folgt aussehen:

1. Aufnahme des Konnexitätsprinzipes in die Verfassung

Es muss endlich Schluss damit sein, immer neue Leistungsgesetze zu beschließen und andere dafür bezahlen zu lassen

2. Verstetigung der kommunalen Einnahmen

Die heutige Haushaltsplanung gleicht einem Lotteriespiel. Die Schwankungen vor allem im Aufkommen der Gewerbesteuer lassen keine sinnvolle Politik zum Wohle der Allgemeinheit mehr zu. Es ist dringend an der Zeit die Unternehmenssteuern zu reformieren.

3. Abbau von Standards

Während wir inzwischen jeden Cent dreimal herumdrehen, bevor wir ihn ausgeben, werden auf der anderen Seite sogar noch neue Standards aufgebaut, die uns das Leben schwer machen. Aktuell haben wir einmal wieder mit einer eingeplanten Verschärfung der Kriterien zur Einleitung des Abwassers in die Sieg zu kämpfen. Dies ist der falsche Weg, so sinnvoll der Umweltschutz ist.

Das Gegenteil brauchen wir.

Mit welchem Recht existieren zum Beispiel Vorschriften, die uns aktuell zwingen im Schacht unter dem Aufzug im Rathaus ein Abdeckung für über 2.000 Euro vor dem dortigen Elektroverteiler einzubauen? Ein Ort, den nie jemand betritt außer der Wartungsfirma. So ein Blödsinn muss nicht sein, solche Vorschriften müssen weg. Haben

wir eigentlich keine anderen Sorgen?

4. Verantwortung der Bürger stärken

Es ist modern und eine lieb gewonnene Gewohnheit, ständig nach dem Staat oder eben der Gemeinde zu rufen.

- Ein Gulli läuft über, der Bauhof muss kommen.
- Zigarettenkippen oder sonstiger Unrat wird einfach auf die Straße geworfen; die Gemeinde wird's schon wegräumen.
- Jugendliche beschmierem das Parkhaus mit Graffiti; beim Schmierem wird weggeschaut, aber nach der Gemeinde wird gerufen die Schmierereien zu entfernen.
- Schüler verlassen ihre Klasse nach Unterrichtschluss; die Putzfrauen müssen die Stühle hochstellen.

Es ist an der Zeit, dass neben den bereits engagierten Bürgern und unseren Vereinen auch der Rest unserer Einwohnerschaft erkennt, dass es so nicht weiter geht. Wenn das Erreichte bewahrt werden soll, muss jeder aktiv mithelfen.

Dann ziehe ich mir eben mal die Arbeitshandschuhe an und reinige den Gulli ausnahmsweise auch mal selber. Der Schüler kann ruhig mittags seinen Stuhl hochstellen und morgens wieder herunter nehmen. Dies ist nicht zuviel verlangt; auch nicht, vom Lehrer dies zu veranlassen. Und wenn ich mal jemanden auf der Straße dabei beobachte, wie er seine Kippe auf den Bürgersteig wirft, dann stelle ich ihn auch mal zur Rede.

Die Einstellung muss sich auf breiter Front ändern. Der Staat oder eben die Gemeinde ist nicht mehr in der Lage das „**Rundum Sorglos Paket**“ anzubieten. Dies wird es künftig nur noch mit Selbstbeteiligung geben. Ich rufe daher die Bevölkerung zur Übernahme von Patenschaften für die Pflege der Baumscheiben vor den eigenen Grundstücken oder für die gemeindlichen Spielplätze auf. Die Gemeinde ist nicht mehr in der Lage, dauernde Kontrollen durchzuführen und zerstörte Spielgeräte zu ersetzen.

Dass es geht, hat in beindruckender Weise die Welle der Hilfsbereitschaft beim Hochwasser gezeigt. Nehmen wir uns dies zum Vorbild. Hier möchte ich einmal einen Fall nennen. In Lindscheid ist der Heiderweg total durch den immensen Niederschlag ausgespült worden, viele Bürger haben spontan zu Hacke und Schaufel gegriffen und diesen wieder instandgesetzt. Dieses Anpacken verdient öffentliches Lob. Wenn mehr und mehr Bürger erkennen und bereit sind, neben dem „Steuern zahlen“ auch aktiv etwas für die Gemeinschaft zu leisten, dann sind wir im Selbstverständnis des Zusammenlebens einen sehr großen Schritt weiter:

Die Spaßgesellschaft muss wieder mehr Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren,
wir sind an dem Punkt angekommen, wo wir kaum noch in der Lage sind, unsere vorhandene Infrastruktur zu erhalten. Es muss dringend etwas geschehen, sonst steht uns der finanzielle Kollaps ins Haus. Sei es durch geänderte Rahmenbedingungen der Gesetzgebung, sei es durch das Verhalten der Gemeinde selber oder sei es durch eine geänderte Erwartungshaltung der Bürger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde werden ihren Teil dazu beitragen.

Nun einige Ausführungen zur Ver- und Entsorgung

Wie bereits das Vorjahr bahnt sich das Wirtschaftsjahr 2003 als Jahr des Umbruchs an: Wasserhochbehälter Josefshöhe und Kläranlagenerweiterung bleiben wie der möglichst risikofreie Abschluss der „Cross-Border-Lease“-Transaktion hervorragende Themenkomplexe.

Die strategische Neuausrichtung der Werke, sei es durch Einstieg eines privaten Dritten, durch Gemeinde übergreifende Zusammenfassung in einer kreisweiten Gesellschaft oder durch private Betreibermodelle wurde – vorübergehend – ad acta gelegt. Dennoch werden die Überlegungen für einen bestmöglich wirtschaftlichen Aufgabenvollzug insbesondere auch wegen des finanziellen Drucks der Gemeinde auf der Tagesordnung bleiben.

Der weiterhin bestehende Expansionswille insbesondere der GEW RheinEnergie AG dürfte in den kommenden Jahren aber immer wieder Thema werden.

Intern wurden die Hausaufgaben bereits gemacht:

Der Ruhestand des technischen Werkleiters in 2002 und der zum 01.02.2003 anstehende Eintritt des kaufmännischen Werkleiters in den 2. Block der Altersteilzeit werde durch eigenes Personal kompensiert.

Hierzu wurde bereits das Personal um zwei Mitarbeiter des gemeindlichen Bauamtes verstärkt, wodurch der Gemeindehaushalt stark entlastet wird.

Wegen der kompletten Neubesetzung der Werkleitung, der anstehenden Klärwerkserweiterung, Kanalnetzuntersuchungen, Kanalsanierungen, Bau des Wasserbehälters, Intensivierung des PC-Einsatzes sollen die Werke organisatorisch vorerst nicht mit neuen Aufgaben befrachtet werden.

Zu den einzelnen Betriebsteilen bleibt Folgendes anzumerken:

Versorgungsbetrieb

Trotz kontinuierlicher Zunahme der Abnehmerzahl, die in den letzten 8 Jahren um rd. 1.000 auf inzwischen fast 6.000 angestiegen ist, muss für das Jahr 2003 von einem spürbaren Rückgang der Erlöse aus dem Wasserverkauf ausgegangen werden. In der Sitzung des Werksausschusses am 28. Oktober 2002 wurde bereits auf den Verbrauchsrückgang im Großabnehmerbereich hingewiesen.

Gleichwohl rechnet die Werkleitung trotz steigender Wasserbezugskosten und konstant bleibenden Wasserabgabepreisen für das kommende Jahr mit einem positiven Geschäftsergebnis. Im Erfolgsplan des Versorgungsbetriebes stehen den veranschlagten Aufwendungen in Höhe von 1.910.100 € Erträge von 1.919.500 € gegenüber, so dass sich ein Überschuss von 9.400 € ergibt.

Der Vermögensplan schließt mit einem Finanzbedarf und einer Finanzdeckung von 521.100 € ab. Von den vorgesehenen Investitionsaufwendungen in Höhe von 365.100 € können 163.200 € aus Eigenmitteln finanziert werden, so dass sich ein Kreditbedarf von 201.900 € ergibt. Neben den notwendigen Investitionen im Versorgungsnetz soll im kommenden Jahr die Planung des neuen Hochbehälters Josefshöhe in Auftrag gegeben werden, nachdem die Gründe für die Zurückstellung dieser Maßnahme zwischenzeitlich entfallen sind.

Entsorgungsbetrieb

Der Erfolgsplan weist gegenüber dem Jahr 2002 geringere Gesamtaufwendungen bei gleichzeitig höheren Gesamterträgen aus.

Per Saldo prognostiziert die Werkleitung einen Jahresgewinn von knapp 473.000 €, so dass auch in 2003 die Abführung von Eigenkapitalzinsen in Höhe von gut 97.000 € an den Gemeindehaushalt gesichert ist und gleichzeitig die Stärkung der Eigenkapitaldecke des Betriebes möglich wird.

Hintergrund ist insbesondere ein geringerer Abschreibungsaufwand, der im Zusammenhang mit der letzten Klärwerkserweiterung steht.

Die bevorstehende Erweiterung wird den Abschreibungsaufwand erst mit Betriebsfertigstellung ab 2005 wieder deutlich erhöhen.

Damit kann auch in 2003 die Vollkanalgebühr auf dem in 2001 abgesenkten Niveau von 4,40 €/m³ gehalten werden!

Um den Jahreserfolg nicht zu gefährden, bedarf es jedoch auch in 2003 einer strengen Ausgabendisziplin.

Besonders größere Kanalsanierungsmaßnahmen stellen einen Unsicherheitsfaktor dar, der das Ergebnis negativ beeinflussen kann.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion hat der Werksausschuss in seiner Sitzung am 28.10.2002 einstimmig die Gemeindewerke beauftragt, die kurzfristige Umsetzung eines Generalentwässer-

rungsplanes für das Gemeindegebiet zu prüfen.

Die verheerenden Hochwasserereignisse im Sommer diesen Jahres haben gezeigt, dass es sinnvoll ist, im Rahmen eines solchen Planes kurzfristig die hydraulische Leistungsfähigkeit des vorhandenen Kanalnetzes zu überprüfen und neuralgische Punkte aufzudecken.

Die Werke versuchen zwar, die nicht unerheblichen Mittel von geschätzten 190.000 € für die Erstellung des Generalentwässerungsplanes bereits in den Jahren 2001/2002 bereitzustellen, so dass die Aufwendungen im kommenden Jahr erfolgsneutral wären.

Erste Ergebnisse können jedoch auch bereits in 2003 zu direkt umzusetzenden Sanierungen führen.

Bereits für 2002 wurde auf die Einstellung eines Ertrages aus dem erfolgreichen Abschluss des angestrebten „US-Cross-Border-Lease“-Vertrages verzichtet.

Dies hat sich als richtig erwiesen:

Mit einem Abschluss ist in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen.

Die Transaktion kann bestenfalls im 1. Quartal 2003 positiv abgeschlossen werden.

Aus Sicherheitsgründen wird auch im Wirtschaftsjahr 2003 eine entsprechende Ertragsposition nicht ausgewiesen, zumal der Vertrag nicht um jeden Preis sondern so risikoarm wie möglich abgeschlossen werden soll.

Im Erfolgsfall wird sich jedoch eine zusätzliche Verbesserung des Jahresergebnisses ergeben.

Im investiven Bereich sieht der Entsorgungsbetrieb knapp 2 Mio. € vor.

Auch in diesem Jahr stellt die Erweiterung der Kläranlage mit knapp 1,2 Mio. € den größten Einzelposten dar.

Um die zeitlichen Vorgaben der Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Fertigstellung Ende 2004 / Anfang 2005 nicht zu gefährden, wird der Baubeginn in 2003 erfolgen.

Bereits in der letzten Werksausschuss-Sitzung am 28.10.2002 hat die Verwaltung über die Schwierigkeit berichtet, die scharfen Einleitungsanforderungen mit der geplanten konventionellen Erweiterung dauerhaft einhalten zu können.

Hier wird es unsere vordringlichste Aufgabe sein, mögliche höhere Kosten zur Einhaltung geforderter Parameter verursachergerecht und gebührenverträglich umzulegen.

Für Neuanlagen im Kanalnetz ist neben kleineren Maßnahmen und der Restfinanzierung der Regenwasserkanalisation „Keuenhof/Hove“ lediglich die Neuerschließung eines Stichweges im Gewerbegebiet „Im Auel“ vorgesehen (Gesamtinvestitionen Kanalneubau rund 437.000 €).

Für möglicherweise notwendige Sanierungen im Netz sind rund 304.000 € als Eventualposition eingestellt.

Dies ist unter dem Aspekt zu sehen, dass auf Grund des anstehenden Generalentwässerungsplanes kurzfristig aktivierungsfähige Sanierungen umgesetzt werden müssen.

Leider kann zur Finanzierung der Investitionen kaum noch auf Anschlussbeiträge zurückgegriffen werden.

Landeszuschüsse, insbesondere die „Abwasserinvestitionspauschale“, fließen bereit seit 2001 überhaupt nicht mehr.

Neben den Eigenmitteln aus Jahresüberschuss wird daher auch in 2003 die Aufnahme von Fremdkapital erforderlich.

Zur Minimierung des daraus resultierenden Zinsaufwandes soll dabei möglichst auf zinsverbilligte Darlehn des Landes zurückgegriffen werden.

Trotz der anstehenden Klärwerkserweiterung und der Ungewissheiten im Zusammenhang mit möglichen Kanalsanierungen denke ich, die gesetzten Ziele im Abwasserbereich gebührenverträglich erreichen zu können.

Meine Damen und Herren,

zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für ihren wirklich engagierten Einsatz herzlich danken. In diesem Jahr verdienen die Mitarbeiter der Gemeindewerke ein besonderes Lob. Der Umfang der Datenerstellung zur Vorbereitung der Cross-Boarder-Lease-Transaktion hat die damit

befassten Kräfte insbesondere bei den Werken und der Kämmerei wochenlang weit über das normale Maß hinaus gefordert. Hier wurde eine Arbeit geleistet, die unabhängig vom Abschluss der Finanztransaktion der Abwasseranlagen, nützliche Datengrundlagen für viele Bereiche der Gemeindeverwaltung zur Verfügung gestellt hat.

Ein besonderer Dank gilt noch den Mitarbeitern des Bauhofes sowie den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr für ihren unermüdlichen Einsatz.

Ich danke auch dem Rat und den Ausschüssen und besonders auch Frau Bürgermeisterin Rot-scheroth und Herrn Bürgermeister Pfister für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr.“

Nach dem Vortrag seiner Einbringungsrede verweist der Bürgermeister auf verschiedene Folien mit einigen grafischen Darstellungen. Der Rat ist damit einverstanden, die Folien dem Protokoll beizulegen.

Anmerkung:

Die Folien liegen als Anlage der Niederschrift bei.